

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Köthen (Anhalt), 28.08.2020

über die 6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Köthen
(Anhalt)
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum :	02.07.2020	Ort :	06366 K ö t h e n (A n h a l t)
Beginn :	18:30	Straße :	Marktstraße 1-3
Ende :	20:30	Raum :	Ratssaal

Anwesende Mitglieder
lt. Teilnehmerliste :

34 (siehe Anhang)

Von der Verwaltung
waren anwesend :

Bernd Hauschild (OB), (OB)
Stephanie Behrendt (DEZ), (Dezernat 3)
Ina Rauer (DEZ), (Dezernat 6)
Jürgen Richter (AL), (Amt 10)
Markus Kohl (AbtL), (Abteilung)
Anja Kahlmeyer (AbtL), (Ratsbüro)
Steffi Denell (Prot), (Ratsbüro)

Außerdem waren
anwesend (Gäste) :

Tagungsleitung :

Uwe Raubaum
Besitzer: Thomas Gahler

Schriftführer :

**Vorsitzender des
Stadtrates**

Oberbürgermeister

Schriftführerin

Uwe Raubaum

Bernd Hauschild

Steffi Denell

Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	Einwohnerfragestunde	-
1.2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen	-
2.5	Antrag der CDU-Fraktion: Dämpfung der Corona-Auswirkungen; städtische Sofortmaßnahmen	2020076/1
2.6	Antrag der SPD-Fraktion: Benennung der gestalteten Grünfläche zwischen Burgstraße und Kleiner Badergasse in "Felix-Friedheim-Platz"	2020045/4
2.7	Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2021	2020057/2
2.8	Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung eines Konzeptes zur Umwandlung von Angestellten- in Beamtenstellen	2020058/2
2.9	Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Fahrradzone in der Innenstadt	2020055/2
2.10	Entwidmung einer Teilfläche auf dem Friedhof Maxdorfer Straße in Köthen (Anhalt)	2020023/3
2.11	10. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Köthen (Anhalt) 2020024/3	
2.12	40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Köthen (Anhalt)	2020061/3
2.13	Bebauungsplan Nr. 2 „Gewerbegebiete Köthen – Ost/östlich Damaschkeweg“ hier: Aufstellungsbeschluss zur 13. Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	2020056/3
2.14	Bebauungsplan Nr. 11 „Geuzer Straße“ hier: Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	2020043/3
2.15	Aussetzung der Kita-Beiträge	2020052/3
2.16	Verwendung von Pestiziden in der Stadt Köthen (Anhalt)	2020040/3
2.17	Abweichung vom sachlichen Geltungsbereich der Gestaltungssatzungen	2020020/3
2.18	Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Baumaßnahme zur Sanierung der Kita "Löwenzahn"	2020069/3
2.19	1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Köthen (Anhalt)	2020080/1
2.20	Feststellung der Sitzverteilung und der Besetzung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Köthen (Anhalt)	2020077/1
2.21	Berufung sachkundiger Einwohner in beratende Ausschüsse als Mitglieder mit beratender Stimme	2020060/1
2.22	Abberufung und Benennung des Stellvertreters des Vertreters der Stadt in die Verbandsversammlung des Abwasserverbands Köthen	2019295/2
2.23	Abberufung und Benennung von Vertretern der Stadt in Organe der Zweckverbände und Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, sowie für Institutionen, bei denen die Stadt ein Entsenderecht besitzt	2020078/1
2.24	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-

3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs		
3.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-	
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-	
3.3	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-	
3.4	Grundstück Neustädter Straße 11 - Aussetzen der Bauverpflichtung		2020021/3
3.5	Ausübung des Vorkaufsrechtes		2020071/3
3.6	Personalangelegenheit	-	
3.7	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-	

1 Eröffnung

Der Stadtratsvorsitzende Herr Raubaum begrüßt die anwesenden Stadträte, Pressevertreter und Einwohner zur Sitzung und bittet um Einhaltung der Abstandsregelungen.

1.1 Einwohnerfragestunde

Ein **Einwohner** fragt, was zukünftig mit der Wittigschen Villa passieren soll. Er fragt, warum der erste Investor der Wittigschen Villa, der durch einen Stadtratsbeschluss ausgewählt wurde nicht ausreichend unterstützt wurde.

Der **OB** erklärt, dass dem ersten Investor in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat ein Kaufvertrag vorgelegt wurde. Von dem Kaufvertrag ist dieser zurückgetreten. Er schlägt dem Einwohner vor, wenn konkrete Sachverhalte vorliegen, wo der Einwohner der Meinung ist, dass die Stadt den Investor nicht genügend unterstützt hat, kann im Nachgang der Sitzung ein Gespräch mit dem OB stattfinden. Zur Zukunft der Wittigschen Villa erklärt der OB, dass laut Beschluss des Stadtrates der 2. Investor in den Kaufvertrag einsteigen kann und das Objekt übernimmt. Hier steht eine Vertragsunterzeichnung noch aus.

Eine **Einwohnerin** fragt nach der Situation in Geuz, hier sollte ein Platz zur Erholung und für Kinder an den Geuzer Teichen entstehen. Das Gelände wurde beräumt und nach dem Kenntnisstand der Einwohnerin sind Gelder investiert wurden. Sie fragt, ob es stimmt, dass auf diesem Gelände Einfamilienhäuser gebaut werden sollen. Weiter fragt sie nach einem Tourismuskonzept für die nächsten 20 Jahre der Stadt Köthen (Anhalt).

Der **OB** erklärt zum Baugebiet am Quellteich, dass ein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliegt. Der 1. Teilabschnitt des Bebauungsplanes wurde umgesetzt, indem Einfamilienhäuser gebaut wurden. Der 2. Teilabschnitt des rechtskräftigen Bebauungsplanes zum Bau von Einfamilienhäusern wurde noch nicht umgesetzt. Hier wurden ausstehende Eigentumsverhältnisse geklärt, sodass in naher Zukunft mit dem Bau von Einfamilienhäusern begonnen wird. Im Bebauungsplan zum Baugebiet Quellteich sind Ausgleichsflächen geplant, die begrünt werden sollen. Der OB informiert, dass er keine Kenntnis über einen geplanten Platz zur Erholung und für Kinder am Quellteich hat.

Die **Einwohnerin** erklärt, dass entlang des R1 auf der Gemarkung Köthen Sitzmöglichkeiten geschaffen werden sollten, um Gäste zum Verweilen einzuladen. Für eine mögliche Errichtungsstelle schlägt sie den Quellteich in Geuz vor.

Der **OB** erklärt, dass die Anregung aufgegriffen werden soll und die Verwaltung prüfen wird, wo entlang des R1, Gemarkung Köthen, Sitzmöglichkeiten geschaffen werden können.

Zum Tourismuskonzept erklärt der **OB**, dass die Stadt Köthen Mitglied im Tourismusverband Welterbe Region Anhalt-Dessau-Wittenberg ist. Zurzeit werden touristische Highlights von Köthen, wie der Spiegelsaal, auf großen Werbewände in Berlin beworben.

1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung

Der **Stadtratsvorsitzende** stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgt ist und der Stadtrat mit 34 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

OFFENTLICHER TEIL

Der **Stadtratsvorsitzende** informiert über die **veränderten Fraktionszusammensetzungen**.

- CDU-Fraktion - 8 Mitglieder, keine Änderung
- Fraktion DIE LINKE - 7 Mitglieder, Yvonne Schulze hat die Fraktion verlassen
- Fraktionsgemeinschaft SPD / Bürgerinitiative Anhalt-Köthen - Wählerliste Sport - 7 Mitglieder,
Maren Beneke-Bädelt, Kerstin Beutler und Tobias Kasperski haben die SPD Fraktion verlassen,
hinzugekommen sind Thomas Gahler und Steffen Reisbach von der Fraktion Bürgerinitiative Anhalt-Köthen/Wählerliste Sport sowie Yvonne Schulze von der Fraktion Die Linke
- AfD-Fraktion Köthen - 5 Mitglieder, keine Änderung
- FDP-Fraktion - 2 Mitglieder, keine Änderung
- Fraktion Interessengemeinschaft „Bürger für Köthen (Anhalt) & Umgebung - 2 Mitglieder, keine Änderung
- Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - 2 Mitglieder, keine Änderung
- Freie Fraktion Köthen - 3 Mitglieder, neu gegründet

StR Kasperski stellt die Fraktion Freie Fraktion Köthen vor und erklärt, dass er Fraktionsvorsitzender ist. Weiter erklärt er, dass als sachkundiger Einwohner Herr Martin Olejnický für die Fraktion in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und digitale Infrastruktur, Frau Daniela Pilch als sachkundige Einwohnerin in den Rechnungsprüfungsausschuss und Herr Henning Zinner als sachkundiger Einwohner in den Sozial- und Kulturausschuss gehen werden.

2.1 Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 19.12.2019 (öffentlicher Teil) wird einstimmig bestätigt.

2.2 Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)

Der **OB** bedankt sich bei der Schulleiterin Frau Aschhoff für die Bereitstellung der Sitzungsräumlichkeiten.

Der **OB** informiert bezüglich des Verfahrens Stahl ./. Stadt Köthen wegen Bürgerbegehren Fasanerie. Anfang 2017 wurde ein BB zur Fasanerie bei der Stadtverwaltung eingereicht, der Stadtrat stellte zunächst die Zulässigkeit des BB fest. Auf Widerspruch des OB wurde der Sachverhalt der KAB vorgelegt, diese ordnete an, dass der Beschluss zur Zulässigkeit aufgehoben werden muss und die Unzulässigkeit festzustellen sei (Grund war ein mangelnder Kostendeckungsvorschlag). Nach Feststellung der Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens wurde von einem Vertreter Klage beim VerwG Halle eingereicht und erst Ende 2018 begründet. Am 26.06.2020 fand die mündliche Verhandlung statt; das Gericht fällte ein sog. Stuhlurteil. Nach Ansicht des Gerichts war die Klage unzulässig, da wegen Zeitablaufes das sog. Rechtsschutzbedürfnis fehlte. Eine ausführliche Urteilsbegründung

liegt noch nicht vor. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Zum MUSE Projekt in der Kastanienschule berichtet der OB, dass eine Veranstaltung zum Projekt mit den Künstlern in der 36. Kalenderwoche stattfinden soll.

Weiter informiert der OB, dass 2020 mehr Zwangsräumungen im Stadtgebiet durchgeführt werden mussten, davon jedoch keiner in das Obdachlosenheim eingewiesen werden musste.

Abschließend berichtet der OB über den Stand der coronabedingten Stundungsanträge und informiert, dass in Zusammenarbeit mit der Hochschule eine Projektskizze MINT Bildung erstellt wurde und derzeit an den Förderantrag gearbeitet wird.

Zur Sitzung wird ausgelegt:

- pro Fraktion eine Liste zur Verteilung der Haushaltsunterlagen 2020, mit der Bitte sich dort einzutragen, wer ein Papierexemplar haben möchte.
- zum TOP 2.16, wie bereits per E-Mail versendet, der Beschluss der Stadt Dessau-Roßlau sowie einen Vergleich zwischen dem aktuellen Stadtratsbeschluss, der aktuellen Vorlage der Verwaltung und dem von der Stadt Dessau-Roßlau gefassten Beschluss

Beantwortung von Anfragen aus Ausschusssitzungen:

StR Greiner fragte in der Sitzung des Hauptausschusses am 23.06.2020 Folgendes:

Der Umweltamtsleiter war am 9. und 10. September 2019 zur 2. Fachtagung "Die pestizidfreie Kommune" abgestellt, liegt ein „Ergebnisprotokoll“ oder irgendein anderer Bericht dazu vor? (wenn nicht, warum wurde das nicht eingefordert?)

Es erfolgte intern eine mündliche Information durch den Amtsleiter.

*In welchem Rhythmus werden bekannte Standorte von Riesen-Bärenklau (*Heracleum mantegazzianum*) aus den vergangenen Jahren kontrolliert?*

Es erfolgen aus personellen Gründen bislang keine regelmäßigen Kontrollen.

Ist der Stadt die Erfassungsmöglichkeit von Riesen-Bärenklau-Standorten per kostenloser App „Korina“ bekannt? Wenn ja, warum wird sie nicht eingesetzt bzw. warum gibt es keine aktuellen Fundpunkte im Atlas?

Die App wurde bislang nicht verwendet, da damit lediglich Informationen für Dritte gesammelt werden. Die Beseitigung des Riesen-Bärenklau obliegt weiterhin der Stadt. Arbeitserleichterungen sind nicht erkennbar.

In der Sitzung der VV des AV Köthen am 25.02.2020 wurden folgende Beschlüsse in öffentlicher Sitzung gefasst:

- abgelehnt wurde der Beschluss über den Antrag der Stadt Köthen zum Umgang mit Beschlussvorlagen zur Erhebung von Umlagen im Zusammenhang mit der Derivatthematik
 - Beschluss zur Dienstanweisung für das Kreditmanagement des Abwasserverbandes Köthen. In-Kraft-Tretung am 26.02.2020.
 - Beschluss über Wirtschaftsplan 2020
 - Beschluss Kalkulationsbericht besonderer Herstellungsbeitrag
- Bestätigung des Beitragssatzes des besonderen Herstellungsbeitrages von 1,30 €/m² entsprechend 90 % des höchstzulässigen Beitragssatzes in der Satzung vom 08.01.2019.

2.3 Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Der **Stadtratsvorsitzende** erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 2.9 von der Tagesordnung genommen wird. Weiterhin sollen die Tagesordnungspunkte 2.21 und 2.22 getauscht werden.

StR Ziesemeier zieht seinen Antrag unter TOP 2.8 zurück.

Abstimmungsergebnis Antrag: 34/ 0/ 0 (Ja/ Nein/ Enthaltung)

Die geänderte Tagesordnung (öffentlicher Teil) wird einstimmig bestätigt.

2.4 Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss fasste in einem schriftlichen Verfahren im April 2020 folgenden nichtöffentlichen Beschluss:

- mit Beschluss-Nr. 20/BSU/1.SV/001 - Vergabe der externen Pflegeleistungen für das Los 1, Köthen-Ost vom 06.04.2020 bis zum 04.04.2021 mit einer zweimaligen Verlängerungsoption an die Firma ÖSEG Aschersleben

Der Stadtrat fasste in einem schriftlichen Verfahren im April 2020 folgende nichtöffentliche Beschlüsse:

- Beschluss-Nr. 20/StR/1.SV/001 – die Verbeamtung unter Vorbehalt der Feststellung der gesundheitlichen Eignung durch ein amtsärztliches Gutachten, Frau Stephanie Behrendt mit Wirkung vom 01.06.2020 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zur Stadtverwaltungsoberrätin mit der Besoldungsgruppe A 14 der Besoldungsordnung und die Gewährung der Aufwandsentschädigung für die allgemeine Vertretung des Oberbürgermeisters an Frau Stephanie Behrendt auf Nachweis tatsächlicher Erhebungen bis maximal 120,00 €
- Beschluss-Nr. 20/StR/1.SV/002 - Verkauf eines Grundstückes im Gewerbegebiet Ost an Herrn Thilo Fischer, Köthen

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss fasste in seiner 7. Sitzung am 07.05.2020 folgende nichtöffentliche Beschlüsse:

- Beschluss-Nr. 20/BSU/7/003 - Sanierungswirtschaftsplan 2020 - Aufteilung der Mittel für private Vorhaben
- Beschluss-Nr. 20/BSU/7/004 - Wirtschaftsplan städtebaulicher Denkmalschutz 2020 - Aufteilung der Mittel für private Vorhaben
- Beschluss-Nr. 20/BSU/7/005 - Förderung einer privaten Maßnahme im Förderprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz" - Förderung des Vorhabens, Abbruch und Wiederaufbau der Gebäude Wallstraße 63 und Schulstraße 13 am historischen Bachplatz der Stadt Köthen (Anhalt)
- Beschluss-Nr. 20/BSU/7/006 - Baureifmachung des Grundstücks Poststraße 12 (ehemals Firma Keller und Pullert)
- 20/BSU/7/006 - Vergaben zu Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten in der Kita Löwenzahn
- Außenanlagen, Fachlos Landschaftsbauarbeiten an die Firma HTS Baugesellschaft mbH, Südliches Anhalt/Ortsteil Gröbzig.

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss fasste in seiner 8. Sitzung am 18.06.2020 folgende nichtöffentliche Beschlüsse:

- Beschluss-Nr. 2020/BSU/8/002 - Los 17 - Vergaben zu Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten in der Kita Löwenzahn - Bauschlosserarbeiten an die Firma Schmiede und Handel Michael Klaube, Sangerhausen/OT Lengefeld
- Beschluss-Nr. 2020/BSU/8/003 - Sanierung der Sanitäranlage in der Kastanienschule Köthen
- Vergabe der Planung in den Leistungsphasen 1-9 - an die IGA Köthen Anhalt mbH
- Beschluss-Nr. 2020/BSU/8/004 - Vergabe zur Maßnahme zur Instandsetzung des Fahrbahnbelages in der südlichen Wolfgangstraße - an die Fa. Bau- und Haustechnik GmbH Bad Döben

2.5 Antrag der CDU-Fraktion: Dämpfung der Corona-Auswirkungen; städtische Sofortmaßnahmen

Der **OB** informiert einfürend zur Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion, dass die Verwaltung den ersten Punkt zur umfassenden Stundungsmöglichkeit bereits durchführt. Alle bisher gestellten Anträge zu einer Stundung, nicht nur zur Gewerbesteuer, wurden stattgegeben. Zur Außengastronomie wurden die erwarteten Einnahmeausfälle in der Stellungnahme der Verwaltung aufgelistet. Die Verwaltung würde den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen.

StR Ziesemeier erklärt, dass die SPD/BI-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion unterstützt und einen Ergänzungsantrag zum CDU-Antrag stellt. Er verliest den Antrag der SPD/BI-Fraktion:

„Ergänzung:

Zur Unterstützung des innerstädtischen Handels und als Teil der Corona-Soforthilfemaßnahmen, ist im Zeitraum vom 15.07.2020 bis zum 15.01.2021 in den städtischen Tiefgaragen während der üblichen Geschäftszeiten von 09.00- 19.00 Uhr das Kurzparken für die ersten 2 Stunden kostenlos.

Die Parkgebühr in den Tiefgaragen der Stadt Köthen wird dafür für Kurzparker ab der dritten angefangenen Stunde auf 1 Euro pro Stunde festgesetzt. (bisher einheitlich 0,50 €/h)

Die Parkgebührenordnung ist dementsprechend zu ändern.

Begründung:

Um den innerstädtischen Handel zu fördern und weitere Umsatzeinbußen der Einzelhändler im Zentrum der Stadt Köthen zu minimieren, ist das kostenfreie Parken in den Tiefgaragen der Stadt im 2. Halbjahr 2020, einschließlich des Zeitraums um die Weihnachtszeit und des Jahreswechsels, eine sinnvolle Möglichkeit, die Attraktivität der Innenstadt als Einkaufsmeile zu erhöhen.

Die kostenlose Nutzung für die ersten zwei Stunden kann auch nachhaltig zur Erhöhung der Akzeptanz und somit langfristig zu besserer Auslastung der Tiefgaragen beitragen.

Durch die Anhebung der Parkgebühren in den Tiefgaragen ab der dritten Stunde ist die Kompensation der Einnahmeverluste der gebührenfreien Zeiträume möglich.“

StR Schulte Varendorf erklärt, dass der gestellte Antrag der CDU bezüglich der (1.) umfassenden Stundungsmöglichkeiten nicht nur auf die Stundung von Gewerbesteuer abzielt, sondern die Stundung auch auf Beitragsgebühren, Miete, Pacht, Rechnungsforderungen und Nebenleistungen festgeschrieben werden sollte und durch einen Beschluss bestätigt. Gerade im Bereich der Gastronomie sind die Stundungen ein wichtiger Beitrag, da diese in der ersten Jahreshälfte durch die Pandemie stark eingeschränkt waren. Mit dem Antrag möchte die CDU-Fraktion die Außengastronomie unterstützen. So sollen Gebühren entsprechend erlassen werden und eine großzügige Genehmigung von Außenbestuhlung erfolgen, da durch die Einhaltung der Corona-Richtlinien mehr Platz benötigt wird. Weiter schließt sich StR Schulte Varendorf dem Ergänzungsantrag der SPD/BI-Fraktion an und erklärt, dass die CDU-Fraktion in der Vergangenheit schon öfter eine Absenkung der Tiefgaragegebühren für Kurzparker zur Belebung der Innenstadt gefordert hatte.

StRn Buchheim berichtet, dass die Fraktion DIE LINKE. einen Änderungsantrag vorgelegt hat. Der Antrag „Coronahilfe“ für die Gastronomie ist nicht unbekannt, er wird in vielen Städten praktiziert. Der Antrag sollte nicht nur für die Gastronomie gelten, sondern sollte auch das Einzelhandelsgewerbe betreffen, denn auch Einzelhändler können Außenflächen nutzen. Eine Genehmigung sollte im Gleichklang erfolgen. Ebenso soll der Antrag auch auf ambulante Verkaufsstände abzielen, einschließlich Jahr- und Wochenmärkte, da so viel wie möglich draußen stattfinden soll und dies eine Möglichkeit auf lange Sicht sein kann, den Wochenmarkt zu beleben. Der Antrag liegt schriftlich vor und wurde zwischenzeitlich allen übermittelt. Die Änderungen sollten rückwirkend ab dem 18.03.2020 in Kraft treten, bis zunächst 31.12.2020. Die Befristung ergibt sich aus einem Antrag der Fraktion DIE LINKE, der derzeit im Landtag beraten wird. Der Antrag zielt auf die Erstattung der ausgefallenen Sondernutzungsgebühren der Kommunen durch das Land ab.

StR Greiner fragt bezüglich des Erweiterungsantrags von der SPD/BI-Fraktion, ob genügend Platz in den Tiefgaragen vorhanden ist. Er ist der Ansicht, dass die Auslastung sehr gut ist und er somit keinen Sinn sieht, die Gebühren weiter zu senken. Er ist der Ansicht, dass mehr Energie in die Radwege und Nahverkehrsmöglichkeiten gesteckt werden sollte.

Der **OB** bittet den Erweiterungsantrag der SPD/BI-Fraktion in dieser Sitzung nicht zu behandeln. Der Erweiterungsantrag sollte auf die Sitzung des nächsten Stadtrates gesetzt werden. Der OB erklärt zum Antrag, dass er die Kosten, die mit dem Antrag verbunden sind, noch nicht beziffern kann. Weiter kann der OB bestätigen, dass die Auslastung der Tiefgaragen sehr hoch ist, mindestens 60% der Parkflächen sind an Dauernutzer vermietet. Zum nächsten Stadtrat kann der OB die derzeitige Auslastung der Tiefgarage genauer vorstellen. Hierzu gibt der OB noch zu bedenken, dass eine der Tiefgarage nicht zum Eigentum der Stadt gehört und die Rechtslage nicht geklärt ist. Veränderungen an den Verträgen wären sehr schwierig.

StR Ziesemeier erklärt, dass die Fraktion eine Auswertung zu Stoßzeiten durchgeführt hat. Dabei kam heraus, dass die Tiefgarage zu 2/3 ausgelastet war. Weiter informiert er, dass bereits am 01.06.2020 eine Anfrage an die Verwaltung zu dieser Thematik gestellt wurde. Der damalige Antrag lag rechtzeitig zwei Wochen vor Hauptausschuss und vor dem Stadtrat vor. Eine Recherche der Belegungszahlen und Kostenermittlung durch die Verwaltung war möglich. Der später eingereichte Antrag der CDU-Fraktion konnte auf die Tagesordnung des Stadtrates genommen werden. Er unterstellt der Verwaltung Willkür in der Behandlung der Anträge der Fraktion.

StRn Buchheim kann die Bedenken bezüglich der Dauerparker des OBs nachvollziehen. Sie gibt zu bedenken, dass Dauerparker in den Tiefgaragen keine festen Stellplätze zugewiesen bekommen. In den Tiefgaragen ist ein Kontingent für Dauerparker und ein kleineres Kontingent für sporadische Parker vorgesehen. StRn Buchheim befürchtet, dass Dauerparker keine Stellplätze bekommen, sollte ein kostenfreies Kurzparken möglich sein. Vor diesem Hintergrund sollte erst eine genaue Prüfung durch die Verwaltung durchgeführt werden und eine Behandlung erst im nächsten Stadtrat erfolgen.

Der **OB** erklärt, dass der Stadtrat vor längerer Zeit beschlossen hatte, die Garagenkomplexe zu veräußern. Weiterhin soll die Kleine Wallstraße zukünftig veräußert werden, wenn eine rechtliche Klärung erfolgt ist, sodass die Verwaltung die zuständige Mitarbeiterstelle, die hierfür zuständig war, nach Renteneintritt nicht neu besetzt hat. Die Verwaltung hatte bis zur Stadtratssitzung zeitlich und personell keine Recherchemöglichkeiten bezüglich des Antrages zum Parken in der Innenstadt (Tiefgarage) frei. Eine Aufarbeitung des Antrages wird durch eine andere Mitarbeiterin erfolgen. Er weist die Vorwürfe des StR Zieseimeier bezüglich der Willkür zurück.

StR Rosenkranz erläutert die Zahlen zur Tiefgarage, die die Fraktion im Vorfeld abgefragt hatte. Die Zahlen für das 2. Halbjahr 2019 lauten für die Wallstraße 28.464 Kurzparker mit Einnahmen in Höhe von 24.183,90 € und Einnahmen durch Dauerparker 39.883,00 €. In der Ritterstraße belaufen sich die Zahlen auf 4789 Kurzparker mit Einnahmen in Höhe von 6064,30 € und Einnahmen durch Dauerparker von 33.596 €.

Stadtratsvorsitzender Raubaum erklärt, dass ihm 3 Anträge vorliegen, wobei der Antrag der Fraktion DIE LINKE am weitreichendsten ist.

Der **OB** erklärt zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, dass es einen Unterschied zwischen der Sondernutzung und dem Wochenmarkt gibt. Für den Wochenmarkt werden keine Sondernutzungsgebühren erhoben. Die Stadt Köthen hat eine Wochenmarktsatzung, diese kalkuliert die Einnahmen mit den Ausgaben. In Unterschied zu den Gastronomen wurde der Wochenmarkt durch die Pandemie nicht eingeschränkt und während den Einschränkungen weiterhin geöffnet. Demzufolge sollte von der Erhebung der Standgebühren auf den Wochenmarkt nicht verzichtet werden. Die Erweiterung des Antrags sollte rückwirkend nur für Gewerbetreibende und Gaststättengewerbe erfolgen.

StR Schulte Varendorf schließt sich den Ausführungen des OB an und fordert die Fraktion DIE LINKE auf, den Wochenmarkt vom Antrag auszuschließen. Die Zielrichtung des Antrages sind Gewerbetreibende. Mit Änderung kann die CDU-Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE unterstützen.

Der **Stadtratsvorsitzende** erklärt, dass StRn Buchheim keinen weiteren Wortbeitrag hat und verweist auf die Geschäftsordnung.

StRn Buchheim bittet diese zukünftig auch bei allen Stadträten anzuwenden.

StR Schöнемann befürwortet den Antrag der SPD-Fraktion und bittet um Vorlage des Antrages. Er bittet um Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten um den Antrag der SPD-Fraktion zu lesen.

Stadtratsvorsitzender Raubaum bittet um schriftliche Einreichung von Änderungs- und Ergänzungsanträgen, rechtzeitig vor der Sitzung beim Stadtratsvorsitzenden und dem Ratsbüro, sodass Anträge für alle schriftlich zur Verfügung gestellt werden können und in

den Fraktionen beraten werden können.

Der **OB** stellt den Geschäftsordnungsantrag den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in den Sonderstadtrat am 23.07.2020 zu verschieben.

Abstimmung des Antrages: 25/ 9/ 0 (Ja/ Nein/ Enthaltung)

Die Fraktion DIE LINKE stellt den Antrag, dass die Stadt Köthen als Corona-Hilfe auf die Erhebung erlaubnispflichtiger Sondernutzungsgebühren an öffentlichen Straßen und Plätzen rückwirkend vom 18. März 2020 bis zunächst 31.12.2020 verzichtet. Der Verzicht gilt für die Gewerbetreibenden im Gastronomie- und Einzelhandelsgewerbe sowie für ambulante Verkaufsstände einschließlich Jahr- und Wochenmärkte.

Abstimmung des Antrages 9/ 17/ 8 (Ja/ Nein/ Enthaltung)

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt:

1. Umfassende Stundungsmöglichkeiten

Um die Liquidität örtlicher Unternehmen aktuell zu verbessern, für alle stundungstauglichen Forderungen der Stadt (etwa Steuer-, Beitrags- Gebühren-, Miet-, Pacht- oder Rechnungsforderungen sowie steuerliche Nebenleistungen) die Möglichkeit der zinslosen Stundung auf Antrag, ebenfalls zunächst bis 30.09.2020, zu gewähren

2. Außengastronomie

Zur Unterstützung der gastronomischen Betriebe vor Ort werden die "Sondernutzungsgebühren für gastronomische Zwecke (Außenbestuhlungen)" für das zweite Halbjahr 2020 erlassen. Gleichzeitig sollen Flächen auf Antrag großzügig genehmigt werden, da durch die geforderten Abstände mehr Platz notwendig ist. Selbstverständlich müssen gesetzliche Regelungen wie Durchfahrtsbreiten für Rettungsfahrzeuge beachtet werden, aber die Einschränkungen aus städtischen Satzungen sind keine Versagensgründe. Dies gilt sowohl für die öffentlichen Flächen als auch die Nutzungsbeschränkungen auf privaten Flächen, die sich z.B. aus der in den Bebauungsplänen festgelegten Grundflächenzahl ergeben.

Abstimmungsergebnis: 27 / 0 / 7 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/001

2.6 Antrag der SPD-Fraktion: Benennung der gestalteten Grünfläche zwischen Burgstraße und Kleiner Badergasse in "Felix-Friedheim-Platz"

StR Stahl fragt nach, ob die beschlossene Ergänzung aus dem Hauptausschuss zur Kostenermittlung und Spendenaktion der Verwaltung umgesetzt wird.

Der **OB** erklärt, dass die Verwaltung den Auftrag umsetzen wird. Derzeit wird ermittelt, ob die Aufsteller „Köthener Perlen“ noch hergestellt werden und im Anschluss soll ermittelt werden, wie hoch die Kosten wären. Nach Kostenermittlung erklärt der OB, würde der Stadtrat informiert und eine Spendensammelaktion gestartet werden.

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt, die gestaltete Grünfläche zwischen Burgstraße und Kleine Badergasse in Felix-Friedheim-Platz zu benennen und diese Benennung durch das Anbringen eines entsprechenden Schildes **und einer Schautafel/ Köthener Perlen** auf dem Platz kenntlich zu machen. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten zu ermitteln sowie eine Spendenaktion durchzuführen.**

Abstimmungsergebnis: 32 / 0 / 2 (Ja/Nein/Enthaltung)
Beschluss-Nr.: 20/StR/06/002

2.7 Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2021

StR Ziesemeier erklärt, dass der Antrag daraufhin abzielen sollte, dass die Verwaltung möglichst frühzeitig einen Haushaltsentwurf vorlegt. Da die Verwaltung diesem Antrag zuvor gekommen ist, zieht die Fraktion den Antrag zurück.

StR Stahl verweist auf den Antrag, den die Fraktion IG zu diesem Tagesordnungspunkt eingereicht hat und bittet um Behandlung des Antrages der IG im nächsten Stadtrat.

zurückgezogen

2.8 Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung eines Konzeptes zur Umwandlung von Angestellten- in Beamtenstellen

zurückgezogen

2.9 Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Fahrradzone in der Innenstadt

zurückgezogen

2.10 Entwidmung einer Teilfläche auf dem Friedhof Maxdorfer Straße in Köthen (Anhalt)

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt, auf dem Friedhof Maxdorfer Straße eine Teilfläche von 18.700 qm der Flurstücke 43 und 44 in der Flur 7 der Gemarkung Köthen mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung zu entwidmen.

Abstimmungsergebnis: 34 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/003

2.11 10. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Köthen (Anhalt)

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt die 10. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Köthen (Anhalt).

Abstimmungsergebnis: 34 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/004

2.12 40. Änderung des Flächenutzungsplanes der Stadt Köthen (Anhalt)

Der **OB** beantwortet die Anfrage des StRs Stahl, die im Vorfeld beim OB eingegangen war. Das Grundstück „Am Wasserturm 40“ wurde durch die Stadt für den Bau des Feuerwehrgebäudes nicht in Erwägung gezogen, weil ein Investor hier den Bau eines Einzelhandels plant und das Grundstück „Am Wasserturm 51“ ist zu klein und deshalb ungeeignet. Die Analyse verschiedener geeigneter Standorte auf flächenmäßige Eignung, Verfügbarkeit, verkehrliche Erschließung und Eignung, hinsichtlich erforderlicher Ausrückzeiten der Feuerwehr, erfolgte in 2019 und wurde vom BSU mit Vorlage 2019190/1 am 05.09.2019 beschlossen.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt:

1. die Aufstellung der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur 1. Änderung „Einzelhandel Am Ring“ des Bebauungsplanes Nr. 44 „Am Ring“, gemäß Anlagen.
2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB. Parallel dazu werden gemäß § 4 Abs. 1 und 2 Abs. 2 BauGB von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sowie von den Nachbargemeinden Stellungnahmen zum Vorentwurf eingeholt.

Abstimmungsergebnis: 33 / 0 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/005

2.13 Bebauungsplan Nr. 2 „Gewerbegebiete Köthen – Ost/östlich Damaschkeweg“ hier: Aufstellungsbeschluss zur 13. Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Beschlusstext

1. Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt, die 13. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 „Gewerbegebiete Köthen – Ost/östlich Damaschkeweg“ für den im Lageplan vom 19.05.2020 (Anlage 1) dargestellten Bereich im Vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB einzuleiten.
2. Eine frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 (1) und § 4 (1) BauGB erfolgt gemäß § 13 (2) BauGB nicht.
3. Von einer Umweltprüfung nach § 2 (4) und einem Umweltbericht nach § 2 a wird gemäß § 13 (3) BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis: 33 / 0 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/006

2.14 Bebauungsplan Nr. 11 „Geuzer Straße“, hier: Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

StRn Zerrenner fragt nach der Umsetzung des Beschlusses des Bau-, Sanierungs- und Umweltausschusses vom 24.09.2014 „Vorstellung Vorplanung zur Sanierung des Quellteiches in Köthen“ (2014164). Sie erklärt, dass von den beschlossenen Maßnahmen keine umgesetzt wurde.

Der **OB** erklärt, dass beschlossene Maßnahmen umgesetzt wurden, beispielsweise existiert der Graben der geplant wurde.

StR Müller fragt nach den Eigentumsverhältnissen. Er möchte u.a. wissen, ob die Eigentumsverhältnisse vor Erstellung der Beschlussvorlage geklärt waren.

Der **OB** erklärt, dass das Bauleitverfahren nicht abhängig von den Eigentumsverhältnissen ist. Der Investor strebt die Änderung des Bebauungsplanes an, da Eigentumsverhältnisse geklärt werden konnten.

StR Müller fragt nach, ob es im Vorfeld eine Bauanfrage für dieses Grundstück gab.

Der **OB** erklärt, dass es einen Interessenten für die Fläche gab.

Frau Rauer erklärt, dass die Umsetzung des 2. Bauabschnittes, genau wie der 1. Bauabschnitt, gemäß einem Vertrag über einen Erschließungsträger erfolgt. Die Stadt Köthen schließt mit dem Erschließungsträger einen Vertrag, d. h. dieser hat einen Großteil der Grundstücke erworben. Dies ist die Voraussetzung für die Umsetzung des 2. Bauabschnittes. Die Änderungen beziehen sich auf die Flächen, die nicht erworben werden konnten. Die Änderungen haben im geringen Maße Auswirkung auf die Erschließung. In diesem Zuge schließt die Stadt einen Erschließungsvertrag ab, womit die Pflicht zu Ausgleichmaßnahmen für den Erschließungsträger entsteht.

Beschlusstext

1. Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt, die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr.11 „Geuzer Straße“ für den im Lageplan vom 10.03.2020 (Anlage 1) dargestellten Bereich im Vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB einzuleiten.
2. Eine frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 (1) und § 4 (1) BauGB erfolgt gemäß § 13 (2) BauGB nicht.
3. Von einer Umweltprüfung nach § 2 (4) und einem Umweltbericht nach § 2a wird gemäß § 13 (3) BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis: 28 / 1 / 5 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/007

2.15 Aussetzung der Kita-Beiträge

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt die Erhebung der Elternbeiträge im Monat April für alle Kinder und im Monat Mai für alle Kinder, die nicht in einer Tageseinrichtung oder Tagespflege betreut werden, auszusetzen.

Abstimmungsergebnis: 34 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/008

2.16 Verwendung von Pestiziden in der Stadt Köthen (Anhalt)

StR Greiner erklärt, dass die Fraktion gegen eine Aufweichung des Verbotes ohne klares Konzept ist. Es kann aufgeweicht werden, wenn ein Konzept vorliegt. Der jetzige Weg ist die falsche Reihenfolge. Die Problematik ist der Verwaltung bekannt, warum reagiert diese erst jetzt? Weiter berichtet StR Greiner, dass der ehemalige, städtische Umweltamtsleiter auf einer Fachtagung zur Thematik war und von dieser keine Informationen mitgebracht hat bzw. nur mit Verzögerungen an den Stadtrat weitergereicht hat. Der Druck durch den Beschluss, dass in der Stadt Köthen keine Pestizide verwendet werden, sollte weiter aufrechterhalten werden. Damit das Konzept stadtseitig schnell durchgeführt wird und das Verbot weiterhin besteht. StR Greiner greift ein Beispiel aus dem Hauptausschuss auf. Er erklärt, dass aus seiner Sicht kein klares Vorgehen der Stadt gegen den Riesen-Bärenklau ersichtlich ist.

Er beantragt eine namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

StRn Zerrenner spricht sich für die Erstellung eines Konzeptes aus. Sie weist jedoch darauf hin, dass eine Erstellung Zeit in Anspruch nimmt und punktuell gegen bestimmte Schädlinge, bzw. schädliche Pflanzen vorgegangen werden sollte. Sie weist darauf hin, dass die Stadt auch weiterhin auf chemisch-synthetischen Pestizide verzichten wird.

StR Schulte Varendorf verweist auf ökologische Mittel, die eingesetzt werden können und auf dem Markt erhältlich sind. Gegen Ausnahmen, wie den Riesenbärenklau, sollten Mittel zugelassen werden, die bei der Bekämpfung hilfreich sind. Er verweist auf die Ausführungen der Verwaltung, die erklärt, dass eine mechanische, flächendeckende Entfernung von Wildkräutern im Stadtgebiet personell und finanziell nicht zu leisten ist. Ein manueller Einsatz kann immer nur für Einzelmaßnahmen erfolgen. Er erklärt, dass der Beschluss zeitlich begrenzt ist und mit Ablauf ein Konzept vorgelegt werden soll. StR Schulte Varendorf spricht sich für eine Beschlussfassung aus.

Frau Rauer wirbt für eine Zustimmung der Beschlussvorlage. Eine Konzepterstellung sollte bis Ende 2021 möglich sein. Die Stadt muss die Erlaubnis haben, alternative Behandlungsmethoden zu nutzen, da weder Technik noch Personal in der Stadt vorhanden ist, um die erhöhten Leistungen auf den Flächen zu leisten. Sie erklärt, dass ohne den Einsatz von biologischen Pflanzenschutzmitteln die Stadt nicht in dem aktuellen Pflegezustand gehalten werden kann.

StR Stahl erklärt, dass beide Seiten verständlich sind. Weiter führt er aus, dass ihm der Vorschlag der Verwaltung zu pauschal dargestellt ist. Er wünscht sich eher eine Konzeption/Übersicht, auf welchen Flächen Herbizide, Biozide und Insektizide eingesetzt werden sollen. Die Ausnahmetatbestände finden sich in der Beschlussvorlage nicht wieder. Die Verwaltung sollte eine Ergänzung der Beschlussvorlage bis zum Sonderstadtrat vorlegen.

StRn Buchheim erklärte, dass die Verwaltung seit über einem Jahr nach den Vorgaben des Beschlusses für eine pestizidfreie Stadt arbeiten muss. Die Umsetzung einiger Punkte hat über ein Jahr gedauert (Bienen- und Blühflächen). Mit dem heutigen Beschluss würde das Votum des damaligen Stadtrates aufgehoben werden. Sie stimmt zu, dass die vorgelegte Beschlussvorlage sehr pauschal formuliert wurde und spricht sich gegen eine Zustimmung der Beschlussvorlage aus. Bezüglich den Ausführungen von StR Schulte Varendorf erklärt StRn Buchheim, dass dieser als Landwirt ideologisch befangen ist und verweist darauf, dass es bei der Beschlussvorlage um kommunale Flächen geht und er als Landwirt nicht betroffen ist. Die Stadt soll mit den kommunalen Flächen als Vorbild vorangehen. Zur Technik erklärt StRn Buchheim, dass die Verwaltung ein Jahr Zeit hatte, diese entsprechend umzustellen, im Haushalt wurden entsprechend des Beschlusses Mittel eingestellt. StRn Buchheim äußert Ihre Bedenken, dass die Mittel bei Aufweichung des Beschlusses eingespart werden.

Frau Rauer erklärt, dass mit dem ursprünglichen Beschluss zur pestizidfreien Kommune der Verwaltung kein Druck zur Erstellung eines Konzeptes aufgebaut wird. Die Verwaltung wird auch weiterhin im Rahmen ihrer personellen und technischen Möglichkeiten arbeiten und den Beschluss umsetzen. Das Thema Pestizide ist generell wichtig und muss berücksichtigt werden. Der Umgang und die Umsetzung mit pestizidfreien Kommunen in ganz Deutschland sind unterschiedlich. Frau Rauer verweist auf die Beschlussvorlage aus Dessau zur pestizidfreien Kommune und erklärt, dass dieser Beschluss weniger weitreichend ist, als die Stadt bis Ende 2021 beschließen möchte. Sie weist daraufhin, dass das technische Gerät für den Friedhof angeschafft wird.

StR Heeg erklärt, dass, als der ursprüngliche Beschluss gefasst wurde, die Begründung nur auf Glyphosat abzielte und der Beschluss weit umfänglicher war. Er verweist auf die App Korina, die im Hauptausschuss angesprochen wurde. Er erklärt, dass die App keine Qualitätssicherung vorhält und man falsche Angaben in die App einspeisen kann.

StR Schulte Varendorf geht darauf ein, dass der vorhandene Beschluss zu weitreichend ist und im Nachgang eingeschränkt werden sollte.

StR Rosenkranz erklärt, dass es Ausnahmen bedarf. Er spricht sich für den vorliegenden Beschluss mit der Befristung aus. Weiter schlägt er vor, dass aus den Fraktionen heraus fachliche Zuarbeit geleistet werden sollte, damit die Verwaltung einen Beschluss bis 31.12.2020 vorlegen kann.

StR Maaß berichtet, dass die Verunkrautung im Stadtbild bereits zugenommen hat. Weiter erklärt er, dass das zurückliegende Jahr mit Beschlussfassung zur pestizidfreien Kommune gezeigt hat, dass die geringen kommunalen Kapazitäten nicht ausreichend sind.

Frau Rauer erklärt, dass eine Konzepterstellung durch den fehlenden Amtsleiter nicht bis Ende 2020 möglich ist. Weiter ist eine genaue Formulierung der Ausnahmetatbestände nicht möglich.

StRn Buchheim fragt nach, ob alternative Bewirtschaftungsmethoden geprüft wurden.

Der OB erklärt, dass darauf im Konzept eingegangen wird.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt:

1. Der Einsatz von Herbiziden auf biologischer Basis ist zulässig.
2. Der Einsatz von Bioziden zum Schutz der Bevölkerung ist zulässig.
3. Der Einsatz von Insektiziden zum Schutz von wertvollen Gehölz- oder Pflanzenbeständen ist zulässig.

Das gilt ausschließlich nur für von der zuständigen Behörde zugelassenen Pestiziden. Die Ausnahmen sind befristet bis 31.12.2021.

Abstimmungsergebnis: 22 / 11 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)

siehe Anlage 1 – namentliche Abstimmung zu TOP 2.16

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/009

2.17 Abweichung vom sachlichen Geltungsbereich der Gestaltungssatzungen

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt, folgende Abweichung vom sachlichen Geltungsbereich der Gestaltungssatzungen

1. Südliche Springstraße
2. Burgstraße bis Ritterstraße
3. Neustädter Platz und Neustädter Straße
4. Buttermarkt bis Bärplatz:

"Gebäuderrückseiten, die nicht direkt an den öffentlichen Straßenraum angrenzen und lediglich von anderen Straßenräumen, Grünflächen oder Parplätzen sichtbar sind, sind von den Bestimmungen der Satzung ausgenommen."

Abstimmungsergebnis: 33 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/010

2.18 Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Baumaßnahme zur Sanierung der Kita "Löwenzahn"

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt, überplanmäßig eine Verpflichtungsermächtigung für die weitere finanzielle Absicherung der Sanierungsmaßnahme der Kita „Löwenzahn“ in Höhe von aufgerundet 477.500 € im Haushaltsjahr 2020, Produkt 36.5.101.00, Sachkonto Finanzrechnung 785100, USK 46433.94000, zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt gemäß § 107 Abs. 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) innerhalb des in der Haushaltssatzung 2020 festgesetzten Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 12.553.300 € aus dem Produkt 51.1.002.00, Sachkonto Finanzrechnung 785100, USK 61500.96502, Neubau des Amtshauses im Schlosskomplex für Unterbringung Anhalt-Info in Höhe von 477.500 €.

Abstimmungsergebnis: 33 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/011

2.19 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Köthen (Anhalt)

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt die 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Köthen (Anhalt) gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage.

Abstimmungsergebnis: 33 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/012

2.20 Feststellung der Sitzverteilung und der Besetzung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Köthen (Anhalt)

Losentscheide:

- Heimausschuss: 1 Sitz aus 4 Fraktionen - CDU / FDP / IG BfK / B90-Grüne
Das Los entfiel auf die Fraktion B90-Grüne.
- sachkundige Einwohner RPA: 2 Sitze aus 3 Fraktionen - FDP / IG BfK / B90-Grüne
Die Lose entfielen auf die Fraktionen FDP und IG BfK.
- sachkundige Einwohner SK: 2 Sitze aus 3 Fraktionen - FDP / IG BfK / B90-Grüne
Die Lose entfielen auf die Fraktionen IG BfK und B90-Grüne.
- sachkundige Einwohner WVdl: 2 Sitze aus 3 Fraktionen - FDP / IG BfK / B90-Grüne
Die Lose entfielen auf die Fraktionen FDP und IG BfK.

Ausschussvorsitze:

Das Losverfahren zwischen der 2. und 3. Wahlmöglichkeit zur Besetzung der Ausschussvorsitze wurde aufgrund der Einigung zwischen beiden Fraktionen (SPD überließ Linken die 2. Wahlmöglichkeit) nicht durchgeführt.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) stellt die Sitzverteilung und die Besetzung der Ausschüsse entsprechend Anlage 1 und 2 fest.

Abstimmungsergebnis: 34 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/013

2.21 Berufung sachkundiger Einwohner in beratende Ausschüsse als Mitglieder mit beratender Stimme

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt die Berufung von

Herrn **Jan Heun** (für die CDU-Fraktion)
Frau **Melanie Winkler** (für die CDU-Fraktion)
Frau **Daniela Wollenheit** (für die Fraktion DIE LINKE.)
Herrn **Frank Ressel** (für die Fraktion DIE LINKE.)
Herrn **Bernd Rogaischus** (für die SPD-Fraktion)
Herrn **Sebastian Schwab** (für die SPD-Fraktion)
Herrn **Lothar Wermann** (für die AfD-Fraktion)
Herr **Martin Olejnicky** (für die FFK-Fraktion)
Frau **Katharina Pfeiffer** (für die FDP-Fraktion)

als sachkundige Einwohner in den **Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und digitale Infrastruktur**,

Frau **Doreen Pilch** (für die FFK-Fraktion)
Herrn **Heinz Balzer** (für die FDP-Fraktion)

als sachkundige Einwohner in den **Rechnungsprüfungsausschuss** sowie

Herrn **Henning Zinner** (für die FFK-Fraktion)

als sachkundigen Einwohner in den **Sozial- und Kulturausschuss**.

Abstimmungsergebnis: 34 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/014

2.22 Abberufung und Benennung von Vertretern der Stadt in Organe der Zweckverbände und Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, sowie für Institutionen, bei denen die Stadt ein Entsenderecht besitzt

Losentscheide:

- Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Um die Dorfstätte": 1 Sitz aus 2 Fraktionen - Linke und SPD/IG-WLS

Das Los entfiel auf die Fraktion DIE LINKE.

- Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Um die Dorfstätte": 1 Sitz aus 4 Fraktionen - CDU / FDP / IG BfK / B90-Grüne

Das Los entfiel auf die Fraktion B90-Grüne.

StR Stahl äußert seine Bedenken gegenüber der Besetzung der Sitze in der Verbandsversammlung Abwasserverband Köthen für die Freie Fraktion Köthen mit Herrn Bernd Hauschild als ordentliches Mitglied und Frau Andrea Albrecht als Stellvertreterin.

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt die folgenden Abberufungen und Berufungen in den einzelnen Gremien:

1. Aufsichtsrat der Köthener BachGesellschaft mbH

- Abberufung von Rita Exner (SPD)
- Berufung von Kerstin Beutler (FF)

2. Aufsichtsrat der Köthen Kultur und Marketing GmbH

- Abberufung von Michael Engelmann (SPD/BI)
- Berufung von Yvonne Schulze (SPD/BI)

3. Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Um die Dorfstätte"

- Abberufung von Yvonne Schulze (ehem. Linke)
- Berufung von Uwe Stößel (Linke)

4. Verbandsversammlung Abwasserverbandes Köthen

- Berufung von Bernd Hauschild als ordentliches Mitglied (FF)
- Berufung von Andrea Albrecht als Stellvertreterin (FF)
- Abberufung von Thomas Winkler als ordentliches Mitglied (SPD/BI-WLS)
- Abberufung von Andreas Wittig als Stellvertreter (SPD/BI-WLS)
- Berufung von Thomas Gahler als ordentliches Mitglied (SPD/BI-WLS)
- Berufung von Thomas Winkler als Stellvertreter (SPD/BI-WLS)
- Abberufung von Christiane Lange (FDP-Fraktion)
- Abberufung des Stellvertreters Ulf Henrik Meier (FDP-Fraktion)
- Abberufung von Roman Schönemann (CDU-Fraktion)
- Abberufung des Stellvertreters Georg Heeg (CDU-Fraktion)
- Berufung von Sören Thiering als ordentliches Mitglied (Grüne)
- Berufung von Sascha Greiner als Stellvertreter (Grüne)

5. Beirat GfA

- Abberufung von Wulf B. Müller
- Berufung von Hans-Werner Thote (SPD/BI)

6. Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Köthen

- Wahl von Roland Schulte Varendorf

Abstimmungsergebnis: 31 / 2 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/016

2.23 Abberufung und Benennung des Stellvertreters des Vertreters der Stadt in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Köthen

StRn Zerrenner stellt den Antrag auf eine namentliche Abstimmung.

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt

1. die Abberufung des bisherigen Stellvertreters Stefan Krischok
2. die Entsendung von Werner Müller als Stellvertreter des Vertreters in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Köthen.

Abstimmungsergebnis: 11 / 10 / 13 (Ja/Nein/Enthaltung)

siehe Anlage 2 – namentliche Abstimmung zu TOP 2.13

Beschluss-Nr.: 20/StR/06/015

2.24 Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)

Der OB bedankt sich bei Herrn Sören Thiering für die Hilfe bei der Reparatur der Wasserspiele auf dem Marktplatz.

StR Müller berichtet über die Zeugenaussagen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

StR Kasperski fragt nach dem Umgang der Ortschaftsräte mit der Einwohnerpauschale 2020.

StR Heeg fragt, ob dem OB bekannt ist, dass am 14. Juni 2020 3-Mal insgesamt 68 Minuten lang 3158 m³ Mischwasser in die Ziethen gepumpt wurde. Dieses Wasser ist sichtbar bis zur Minigolfanlage geflossen, stank stark und ist in entsprechende Schichten abgelaufen.

StR Heeg bittet um Kontrolle der Verkehrszeichen. Viele Zeichen im Stadtgebiet hängen zu tief.

Der **OB** bittet um Meldung der Verkehrszeichen, die zu tief hängen.

StRn Buchheim bittet um Kontrolle der Funktionstüchtigkeit der Fahrradboxen im Stadtgebiet.

Weiter bittet Sie um Kontrolle der Radwegeführung ab Kreuzungsbereich Friedrich-Ebert-Straße – B183 Richtung Eisenbahnbrücke. Sie ist der Ansicht, dass die Radwegeführung sehr unübersichtlich und verkehrsgefährdend ist.

StR Ziesemeier bittet um Kontrolle der Verkehrssituation verlängerte Dessauer Straße – Friedrich-Ebert-Straße Kreuzungsbereich Augustenstraße. Er bittet um Aufstellung eines Verkehrsspiegels. Die Anfrage wurde bereits im Hauptausschuss 10.09.2019 gestellt und beantwortet. Er bittet um erneute Überprüfung.

StR Schönemann informiert, dass die Schalaunische Straße in der Einmündung Neustädter Straße seit Mitte März wegen herabfallender Gesimsteile gesperrt ist. Er fragt, ob hier eine Sondernutzungsgebühr durch die Verwaltung erhoben wurde, da der öffentliche Raum über mehrere Monate nicht genutzt werden kann.

StR Schönemann regt an, dass die SPD-Fraktion sich zu den im Umlauf befindlichen Aussagen äußern möchte. Er drückt sein Unverständnis bezüglich einiger Aussagen des StR Ziesemeier in den Medien aus und distanziert sich von den Äußerungen. Weiter drückt er sein Unverständnis gegenüber einer Aussage des StR Rosenkranz zum Fachkenntnisstand einzelner Mitglieder aus. Er fragt den Stadtratsvorsitzenden nach einer Positionierung gegen eine pauschale Verurteilung der Stadträte, dass diese sich nicht um das Wohlergehen der Stadt bemühen. Die Positionierung hätte er erwartet zur Thematik welche Fraktionen prädestiniert sind Aussagen zu treffen und dementsprechend mitzuarbeiten. Er erklärt, dass der Stadtratsvorsitzende in seiner Position neutral für alle Mitglieder des Stadtrates sein sollte.

Der **Stadtratsvorsitzende** erklärt, dass er das Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der SPD nicht im Vorfeld gesehen hatte.

StR Ziesemeier erklärt, dass die Aussage des StR Rosenkranz unglücklich formuliert war. Weiter berichtet er, dass innerhalb der Fraktion Unstimmigkeiten herrschten. Die Formulierungen in dem Schreiben, das an die Presse ging, war unangemessen und zu großen Teilen unangebracht und dafür entschuldigt er sich bei den Mitgliedern des Stadtrates.

StR Rosenkranz erklärt, dass sachkundige Mitglieder aus den Fraktionen gemeint waren. Er drückt sein Unverständnis dahingehend aus, wenn bei Sachdiskussionen Aussagen persönlich genommen werden.

StR Schönemann erklärt, dass es richtig ist, dass sich Mitglieder mit Sachfragen beschäftigen sollten, er verweist aber auch auf Aussagen, dass immer wieder Fraktionen bei der Zusammenarbeit ausgeschlossen werden. Er erklärt, dass die Stadträte nachdenken sollten, bevor etwas öffentlich geäußert wird.

StR Heeg bezieht sich darauf, dass sich Stadtratsmitglieder von kritischen Äußerungen angegriffen fühlen. Er bittet dies großzügig zu sehen, den Bürgern gegenüber und auch den Stadträten gegenüber und zitiert abschließend den Spruch „Hänschen, nimm dich nicht so wichtig“.

StR Müller nimmt die Anfrage von StR Heeg auf und erklärt, dass auch er bereits im Winter

eine Anfrage bezüglich zu tief hängender Verkehrsschilder gestellt hatte. Er verweist auf einige Wege und Plätze an denen Verkehrsschilder zu tief hängen.

StRn Zerrenner fragt nach der Vergabe der Grünflächenpflege im Gewerbegebiet Ost. Sie fragt, ob hier eine Kontrolle der Firma stattfindet, ob die Arbeit auch von Fachkräften übernommen wird.

Frau Rauer erklärt, dass eine Kontrolle nur stichpunktartig erfolgen kann.

Ende öffentlicher Teil